



Hamburg

in der Europäischen Union



---

**Europäische Kommission**

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland

Zitelmannstraße 22

53113 Bonn

Redaktionsschluß: März 1994

Gestaltung: Art & Media, Bonn

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen  
Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –  
mit Quellenangabe gestattet

---



# Hamburg

## in der Europäischen Union

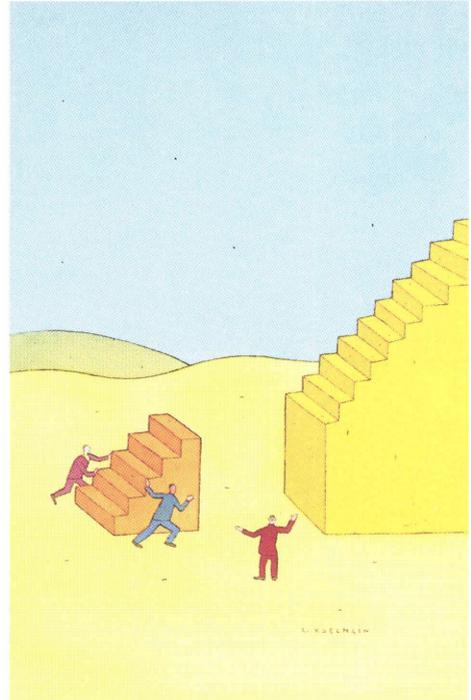
*„Das Europa der Bürger verwirklicht sich am besten in einem Europa selbstbewußter, leistungsstarker, gutnachbarlich miteinander arbeitender Regionen. Erfolg oder Mißerfolg des europäischen Einigungsprozesses werden stets vom Grad der Zustimmung der Menschen abhängig sein.“*

*Henning Voscherau,  
Erster Bürgermeister  
der Freien  
und Hansestadt Hamburg*



## HAMBURG IN EUROPA

**Auf offene Märkte angewiesen:  
Die Unternehmen der Hanse-  
stadt haben 2 700 Niederlas-  
sungen in anderen EU-Staaten**



Mit der Ile-de-France ist Hamburg die wohlhabendste Region in der Europäischen Union. Doch die zweitgrößte Stadt Deutschlands hat trotz Spitzenposition beim Bruttoinlandsprodukt ihre Problemzonen. Während die Viertel entlang der Alster von den gut florierenden Geschäften der kleinen und mittleren Unternehmen zeugen, die 85 Prozent der gesamten Wirtschaft Hamburgs ausmachen, beginnt hinter St. Pauli die Kehrseite: leere Werften und stillgelegte Schiffe.

Mit einem breiten Angebot an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich ist die Stadt auf dem richtigen Weg. Über 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Dienstleistungsunternehmen, ähnlich wie in der französischen Region Ile-de-France oder der belgischen Provinz Brabant. Nicht zuletzt deshalb hat Hamburg sowohl im deutschen als auch im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Arbeitslosenquote und bietet besonders jungen Leuten gute Beschäftigungschancen.



Charakteristisch für Hamburg ist seine Internationalität. Eine Vielzahl ausländischer Handelsorganisationen sind in der Region ansässig, Hamburger Firmen haben insgesamt 2700 Niederlassungen in anderen EU-Staaten.

### Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

Elektrotechnik, Maschinenbau und Luftfahrtindustrie sind die erfolgreichsten Unternehmensbereiche. Hamburg braucht deshalb offene Grenzen und Märkte. Das sichert Arbeitsplätze und Wohlstand.

Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Hamburg gebracht?“ Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt,

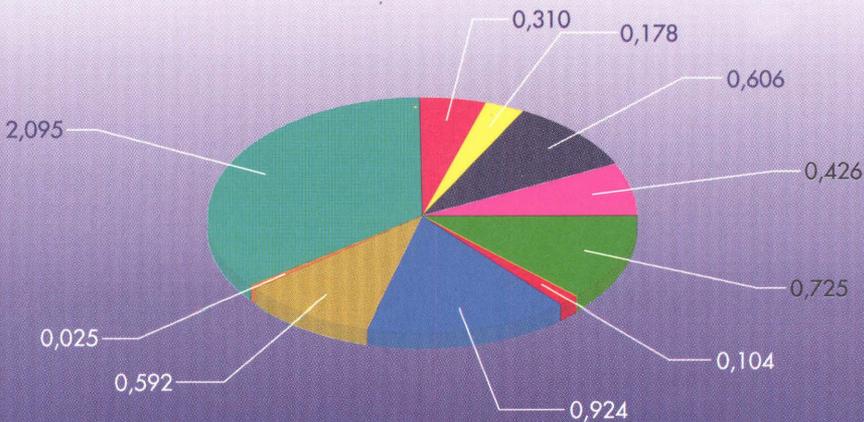
daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

### Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht

## Der Export Hamburgs in die EU

6,0 Milliarden DM: Das sind 47,7 Prozent des Gesamtexports

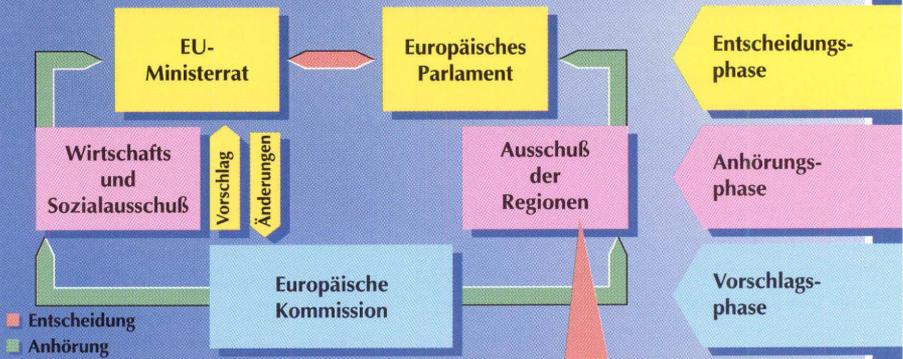


Legend: B/L, DK, GR, E, F, IRL, I, NL, P, GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

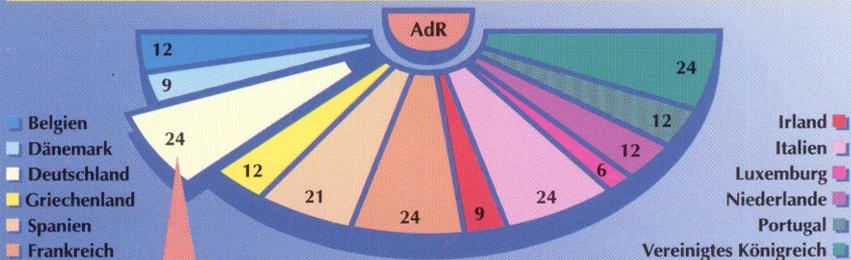
## Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



## Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Hamburg benennt einen Vertreter



**Erhard Rittershaus**  
2. Bürgermeister und Präses der Wirtschaftsbehörde Hamburg

immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

**D**ie deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an

---

### Hamburg entscheidet mit

---

dem Hamburg seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. Hamburg ist dort, als erstes deutsches Bundesland, seit 1985 präsent. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

---

### Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

---

**G**anz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EUV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EUV).

# Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
<b>Europäische Union</b>	<b>100</b>	<b>10,4</b>	<b>Irland</b>	<b>72</b>	<b>18,4</b>
<b>Belgien</b>	<b>108</b>	<b>8,8</b>	<b>Italien</b>	<b>106</b>	<b>11,2</b>
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
<b>Dänemark</b>	<b>111</b>	<b>10,6</b>	Emilia-Romagna	132	4,7
<b>BR Deutschland</b>	<b>106</b>	<b>7,0</b>	Centro	110	7,9
Baden- Württemberg	130	4,1	Lazio	121	11,0
Bayern	127	3,9	Campania	73	22,8
Beflin	95	9,2	Abruzzi-Molise	91	13,1
Brandenburg	36	12,0	Sud	70	17,6
Bremen	159	8,7	Sicilia	70	23,1
<b>Hamburg</b>	<b>209</b>	<b>5,6</b>	Sardegna	77	19,8
Hessen	149	4,6	<b>Luxemburg</b>	<b>131</b>	<b>2,4</b>
Mecklenburg- Vorpommern	33	14,1	<b>Niederlande</b>	<b>104</b>	<b>8,2</b>
Niedersachsen	108	6,4	Noord-Nederland	106	10,6
Nordrhein- Westfalen	115	6,6	Oost-Nederland	91	7,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	West-Nederland	111	7,9
Saarland	112	7,4	Zuid-Nederland	100	8,0
Sachsen	33	11,5	<b>Portugal</b>	<b>60</b>	<b>4,9</b>
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Continente	60	4,9
Schleswig-Holstein	102	5,3	Acores	-	4,6
Thüringen	30	12,8	Madeira	-	3,4
<b>Griechenland</b>	<b>49</b>	<b>7,7</b>	<b>Großbritannien</b>	<b>98</b>	<b>10,3</b>
Voreia Ellada	46	6,3	North	86	11,4
Kentriki Ellada	48	7,2	Yorkshire and Humberside	88	10,2
Attiki	55	9,9	East Midlands	94	9,0
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	East Anglia	99	8,4
<b>Spanien</b>	<b>80</b>	<b>21,3</b>	South East	117	10,5
Noroeste	66	17,8	South West	94	9,6
Noreste	92	18,6	West Midlands	89	10,9
Madrid	100	16,5	North West	90	10,5
Centro	65	21,0	Wales	83	9,7
Este	92	19,6	Scotland	94	10,1
Sur	64	29,7	Northern Ireland	74	15,0
Canarias	79	26,7			
<b>Frankreich</b>	<b>115</b>	<b>10,3</b>			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord - Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée Départements d'Outre-Mer	98	13,5			
	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

---

### Ausschuß der Regionen

---

**D**urch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Hamburg ist dies Senator Erhard Rittershaus). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, trans-europäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

**F**ür bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die Hamburger Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren



*Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.*

---

### Die Hamburger Abgeordneten im Europäischen Parlament

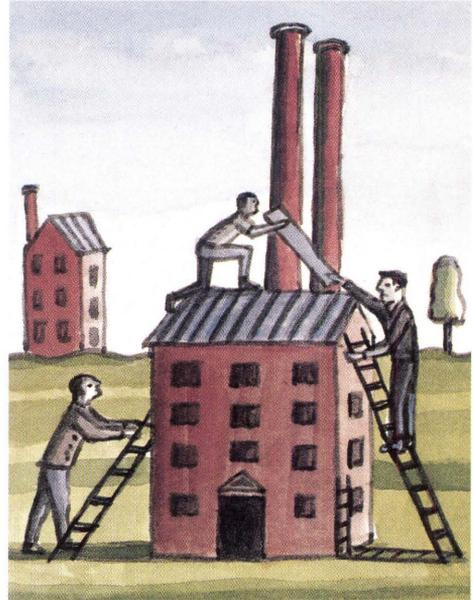
---

Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



## DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Hamburg erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klappt in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

### Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).



Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

## ZIELE

### „Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 immerhin 13,64 Milliarden ECU aus Brüssel erhalten.

### „Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit.

### „Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Aus-schluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

### „Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

### „Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

### „Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,227 Milliarden ECU bereit.



## Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

### Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

### Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



## Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Hamburg viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

## Gemeinschaftliches Förderkonzept

Der Hamburger Senat erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

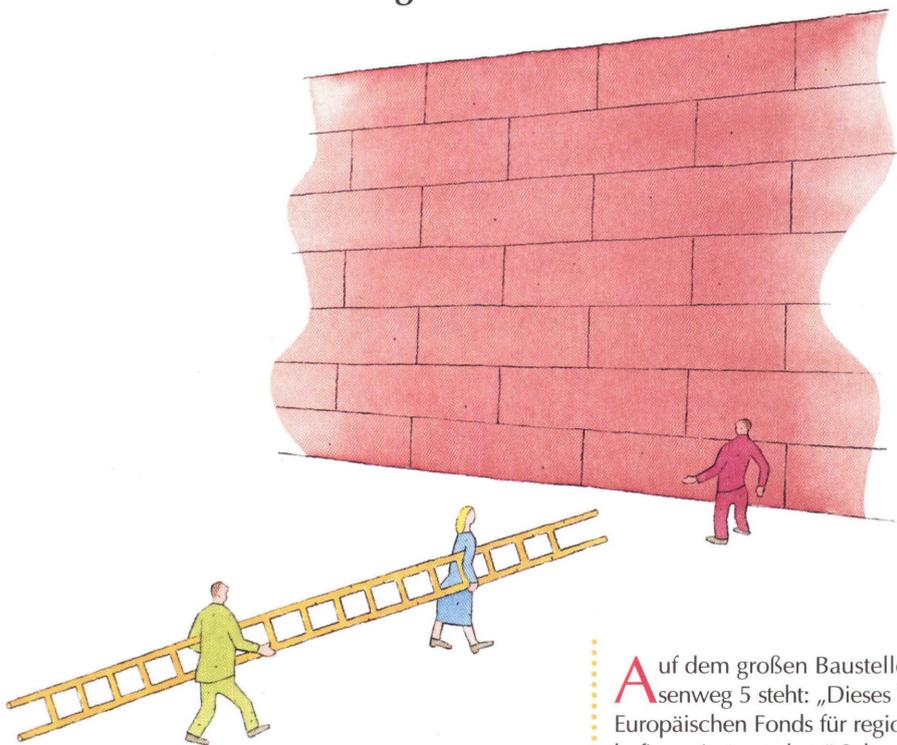
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik. Hamburg hat in den vergangenen vier Jahren Kredite in Höhe von 72,2 Millionen ECU in Anspruch genommen.



# ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union  
und Hamburg handeln  
bei vielen Projekten  
gemeinsam



Auf dem großen Baustellenschild am Friesenweg 5 steht: „Dieses Vorhaben ist vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert worden.“ Selten genug kommt es in Deutschland vor, daß die Europäische Union (EU) öffentlich sichtbar als Geldgeberin genannt wird. In diesem Fall hatte sich die Hamburger Wirtschaftsbehörde mit der Europäischen Kommission zusammengetan, um 300 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das war bitter nötig: In Hamburg gibt es ganze Stadtteile, in denen der Hauptteil der Bewohner in Werften oder bei Zulieferbetrieben für die Schifffahrt gearbeitet hat. Die „Schifffahrtskrise“ schlug voll durch. Abhilfe schaffte die Hamburger Gesell-



schaft für Gewerbebauförderung mbH (HaGG). Als Tochterunternehmen der Stadt gründete sie eine „Brachenagentur“, die in den benachteiligten Gebieten nach Altbauflächen mit oft schlechter Bausubstanz oder brachliegenden Grundstücken suchte. Dabei ging die HaGG einen neuen Weg in der Beantragung der Fördergelder. In einem ersten Schritt wurde allein ein Antrag zur Kofinanzierung der Agentur gestellt. Der erfolgreich abgeschlossenen Suche nach geeigneten Grundstücken folgte in einem zweiten Schritt ein erneuter Antrag auf finanzielle Hilfe zur Erschließung.

Gewerbehof Friesenweg heißt das erste Bauprojekt. Auf dem 16 471 Quadratmeter großen Grundstück finden 26 neue Betriebe Platz. Dank der EU-Förderung liegen die Mieten für die sanierten Gebäude zwischen 9 und 15 Mark pro Quadratmeter. Dieser niedrige Mietzins hätte sonst nie erreicht werden können, berichtet Peter Jorzick, Geschäftsführer der HaGG. Raum wurde geschaffen für kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe, für die auch Mieten erschwinglich sein müssen. Baubeginn war Dezember 1993, und 1995 sollen alle Gebäude fertig sein. Das Netto-Investitionsvolumen für die Realisierung des Projektes beläuft sich auf 22,1 Millionen ECU; 50 Prozent der Kosten werden vom RENAVAL-Programm getragen.

„Informationsknoten Ost“ heißt das Projekt der Firma DAKOSY (Daten- und Kommunikationssystem), das ebenfalls in die RENAVAL-Förderung aufgenommen wurde. Schiffe sind ideale Verkehrsmittel, um Waren energiesparend zu transportieren. Außerdem trägt eine konsequente Nutzung der Wasserwege dazu bei, das von Lkw-Schlangen mitverursachte Verkehrschaos auf den Straßen zu mindern. Die Firma entwickelt Verkehrssysteme für Mittel- und Osteuropa. In Prag, Dresden und Berlin wurden kleine Verkehrszentren aufgebaut. Zusammen mit den ansässigen Spediteuren wird überlegt, inwieweit sie zum Transport ihrer Waren den Hamburger Hafen nutzen können. Die Unternehmen erhalten elektronische Anbindung an den Hamburger Hafen und können über ihre Rechner Schiffabfahrts- und Ankunftsinformationen erfragen. Drei neue Mitarbeiter stellte DAKOSY zur Projektbetreuung

ein. Finanziert wird der „Informationsknoten“ halb aus Landesmitteln und halb aus dem RENAVAL-Programm.

---

## Hamburger Großmarkt

---

Die Firma Veiling eG baute auf dem Hamburger Großmarkt eine klimatisierte Lagerhalle, um Obst, Gemüse und Blumen länger frisch zu halten. Das Unternehmen, aber auch die Zulieferer, Gärtner und Landwirte der Region, sind jetzt flexibler in der Vermarktung. 15 Prozent der Finanzierung kamen aus EU-Töpfen, zehn Prozent sind Landesmittel, und den Restbetrag beglichen die Erzeuger aus eigener Tasche.

Das Beispiel vom Hamburger Großmarkt ist nur eins von vielen. Zwischen 1987 und 1992 zahlte die Europäische Union insgesamt 746000 ECU an Landwirte aus der Hansestadt. Fördermittel, die zur verbesserten Qualität und Verarbeitung der Produkte und zur Erhaltung der Betriebe dienen.

Ergänzend zu solchen Beihilfen unterstützt die EU jährlich rund 20 Landwirte bei Investitionen in neue Landwirtschaftsmaschinen. Weitere 80 Landwirte erhalten Finanzbeihilfen, weil sie ihren Hof nur unter schwierigen Bedingungen betreiben können.

Für Otto Gehrckens, Geschäftsführer der Veiling eG war der Zuschuß Anstoß zum Investieren. Ohne die Mittel der Europäischen Union wäre der Bau des Kühlhauses nicht möglich gewesen, betont er. Außer in der Firma wissen nach seinen Worten allerdings nur wenige, daß die Europäische Union Finanzierungshilfen gegeben hat. Über die Eröffnung der Lagerhalle sei zwar in der lokalen Presse und in den Fachzeitschriften berichtet worden, doch nach eventuellen Zuschüssen aus der EU-Kasse habe sich niemand erkundigt.



Hamburg-Neuenfelde: EU hilft bei der Obst- und Gemüsevermarktung

## Forschung und Entwicklung

Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg erhielt Hamburg 1991 einen 60-Millionen-ECU-Kredit zum Bau eines neuen Terminals am Flughafen und für eine Halle, in der Großraumflugzeuge technisch überholt werden. Diese Anleihe wurde 1992 noch einmal um 16,2 Millionen ECU aufgestockt.

Hamburger Unternehmen schlossen insgesamt 536 Partnerschaften mit Firmen im europäischen Ausland. Die meisten Kooperationen kamen mit französischen und britischen Partnerfirmen zustande, viele auch mit Unternehmen in den Niederlanden und Italien. Große Unternehmen (Philips GmbH, Krupp, Telefunken und Lufthansa), Universität und Forschungszentren (Max Planck Institut, DESY, Forschungszentrum Geesthacht und Technischer Überwachungsverein) und kleine und mittlere Unternehmen (Kockums Computer Systems, Eurolog Service und Ham-

burgische Schiffbau Versuchsanstalt) erhielten in den Jahren 1987-1992 über 23 Millionen ECU Fördermittel.

Im Rahmen des AIM-Programmes, das zur Entwicklung medizinischer Geräte geschaffen wurde, erhielt Hamburg Gelder zum COVIRA-Projekt (Computer Vision in Radiology). Durch eine neue Verbindung von Computertomographie und Ultraschall werden Gehirnstrukturen dreidimensional auf dem Bildschirm sichtbar. Nicht nur die Diagnostik wird so erleichtert, sondern auch die Behandlung wird zielgenauer. Bei einer radiologischen Bestrahlung ermöglicht die Technik, ausschließlich krankes Gewebe zu treffen.

## Gemeinsames Fremdenverkehrsprojekt

Aber nicht nur im Bereich Forschung und Entwicklung gab es grenzüberschreitende Projekte. Auch reiselustige Bürger können von der Förderung durch die Europäische Union

profitieren. Dank der finanziellen und logistischen Unterstützung der EU fand Hamburg in der dänischen Stadt Viborg einen Kooperationspartner. Gemeinsam starteten die beiden Städte ein Fremdenverkehrsprojekt, zu dem der Bau eines Wander- und Radweges entlang einer historischen Militärstraße gehört, die erstmals beide Städte verband. Die Reiseroute umfaßt 20 touristische Anlaufstationen.

## Bildung

Über 340 Hamburger Studenten nutzten im Winter/Sommersemester 1992/1993 die Möglichkeit, mit einem ERASMUS-Stipendium in der Tasche an einer ausländischen Uni zu studieren.

Mit der Aktion „Jean Monnet“ fördert die Union Hochschulinitiativen, mit denen Lehrangebote zum Thema europäische Integration erweitert werden. Die Fachhochschule Hamburg bot in den Studiengängen Geschichte und politische Wissenschaften Seminare zum Thema „kulturelle Identität in Europa“ an und die Hochschule für Wirtschaft und Politik Seminare zum Europäischen Recht. Zwischen 1990 und 1992 haben Hamburger Universitäten 162000 ECU zu diesem Zweck erhalten.

## Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds

In Hamburg wurden 1990-1993 über 5 000 Langzeitarbeitslose in Projekten beschäftigt, die den beruflichen Wiedereinstieg erleichtern sollten. Ein Konzept wurde von der „Stiftung Berufliche Bildung“ entworfen. Im Wechsel von überbetrieblicher Weiterbildung und betrieblicher Praxis konnten die Teilnehmer Ausbildungen in Metall- und Elektroberufen nachholen. Mit Erfolg: 84 Prozent fanden anschließend eine feste Beschäftigung. Insgesamt flossen in dieses oder ähnliche Projekte fast 30 Millionen ECU.

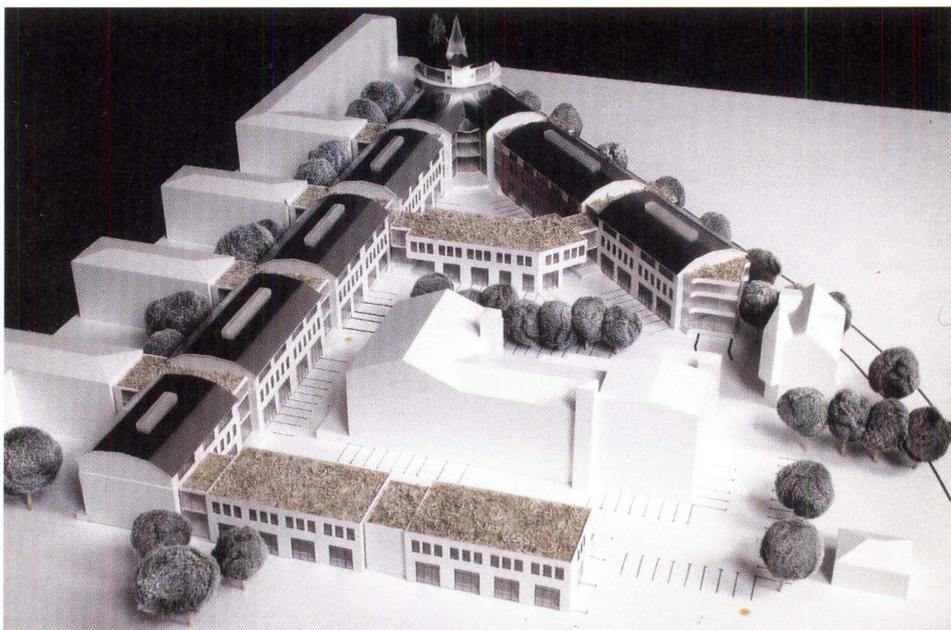
Auch jugendliche Arbeitslose nehmen an vielfältigen Aus- und Weiterbildungen teil, vom nachgeholten Schulabschluß bis zur abgeschlossenen Ausbildung. 15 Millionen ECU zahlte die EU, rund 2 000 Jugendliche nutzten die Angebote.

NEW OPPORTUNITIES FOR WOMEN (NOW) ist ein Programm für Frauen, die nach der Familienphase in das Berufsleben wiedereinsteigen wollen. In Hamburg wird vom „FrauenTechnikZentrum“ die Fortbildung für Frauen aus dem kaufmännischen Bereich angeboten. Schwerpunkt des Kurses sind die modernen Kommunikationstechnologien. Elektronische Post, Tele-Banking und Telekonferenzschaltungen sind heute schon in vielen Unternehmen alltäglich geworden. Informationsdienste wie Datenbanken und Management-Informationssysteme werden dagegen noch selten genutzt. Wirtschaftsprognosen, die voraussagen, daß die neuen Technologien neue Berufe erfordern, haben sich die Hamburger Projektfrauen zu Herzen genommen.

Alle Projekte, die mit NOW gefördert werden, müssen einen länderübergreifenden Charakter haben. Hier waren die Hamburger Projekte besonders aktiv: In Griechenland, Nordirland, Belgien und Großbritannien haben sie Partnerunternehmen gefunden, mit denen sie die Lehrprogramme austauschen. Außerdem treffen sich die Dozentinnen zu gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen. Die Projektplanerinnen haben ihre Kon-

zeption konsequent auf den europäischen Arbeitsmarkt ausgerichtet: Viele Kursteilnehmerinnen machen ihr Praktikum im Ausland. Das Projekt wird mit 40 Prozent von NOW gefördert, den fehlenden Betrag zahlen die Bundesanstalt für Arbeit, die Hamburger Behörde für Schule und Bildung und die Behörde für Arbeit.

Eins aber hat auch dieses Projekt mit vielen anderen gemeinsam: Es wäre nicht ohne EU-Förderung zustande gekommen. Ein bißchen Geduld war allerdings nötig. „Dreimal mußte ich in der Zeit zum Friseur, mir die Haare fär-



ben lassen“ faßt die Koordinatorin Elke Mätschke die Wartezeit vom Projektantrag bis zum Projektstart zusammen. Zwei Jahre sind zwar eine lange Zeit, doch sie haben dem Projekterfolg nicht geschadet: Seit 1993 werden die angebotenen Kurse intensiv besucht.

*Preiswerte Räume für Handwerk und Gewerbe:  
Neubau-Projekt der Hamburger Gesellschaft für  
Gewerbebauförderung.*

